

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/128
8. Juli 1976

Dank an Gustav Heinemann

Tiefe Trauer um den großen Staatsmann

Von Willy Brandt
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Ein "Bundesrat" für die Europa-Förderung

Konzeptionsvorschlag zur Realisierung der
"Idee Europa"

Von Albert Osswald MdL
Ministerpräsident von Hessen und Präsident
des Bundesrates

Seite 3 / 42 Zeilen

Internationaler Kampf gegen den Terrorismus

Sanktionen gegen Komplizenländer werden
unausweichlich

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundes-
innenminister

Seite 4 und 5 / 86 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Geheimakte Dr. Franz Heubl

Seite 6 bis 8 / 136 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 128 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telefax: 22 80 37 - 39

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11

Dank an Gustav Heinemann

Tiefe Trauer um den großen Staatsmann

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Tod von Gustav W. Heinemann hinterläßt eine tiefe Lücke in der Generation jener Frauen und Männer, die nach dem zweiten Weltkrieg das freie Deutschland entscheidend geprägt und das Ansehen unseres Vaterlandes in der Welt gefestigt hat. Heinemanns Lebensweg, seine untadelige politische Vergangenheit, sein kompromißloses Eintreten für den demokratischen Staat und die Gerechtigkeit gegenüber jedermann ließen ihn zum Mahner unseres Volkes in einer Zeit werden, in der neue und weltweit die Menschheit bedrängende Probleme sichtbar wurden.

Man sagte von Gustav Heinemann, er sei ein unbequemer Präsident, in der Tat hat er nie gezögert, seine Meinung unmißverständlich zu sagen. Er hat Denkanstöße gegeben und auch dann die offene Aussprache mit den Bürgern aller Schichten gesucht, wenn er wußte, daß er erst um Verständnis für seine eigene Meinung kämpfen mußte.

Der Jurist Heinemann, beruflich gewachsen im Alltag der Wirtschaft, später als Oberbürgermeister von Essen, Justizminister von Nordrhein-Westfalen und als Bundesinnenminister, schloß sich im Jahre 1957 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Er wurde im gleichen Jahr zum Bundestagsabgeordneten, ein Jahr später in den Vorstand der SPD gewählt und trat 1966 in das Kabinett der Großen Koalition als Bundesjustizminister ein.

In den knapp drei Jahren seines Wirkens in diesem Amt hat Heinemann wichtige Gesetze vorbereitet und auf den Weg der parlamentarischen Bearbeitung gebracht. Hierzu gehören die Notstandsgesetzgebung, das neue Ehe- und Scheidungsrecht, das Gesetz zur Gleichstellung außerehelich geborener Kinder sowie die ersten Vorbereitungen für die Änderung des § 218.

Als Heinemann 1969 zum Bundespräsidenten gewählt wurde, sagte er in seiner Antrittsansprache, er wolle helfen, den Staat Bundesrepublik Deutschland seinen Bürgern näher zu bringen, und er wolle dafür sorgen, daß Staat und Bürger in Rechten und Pflichten zu einer Einheit werden. Der Staat - das war für Heinemann nicht etwas Abstraktes. Er wollte, daß sich der Bürger mit dem demokratischen Staat identifiziert, und forderte daher, daß sich staatliche Autorität weniger von den Institutionen herleitet, als vielmehr von dem Vertrauen, das der Bürger seinem

Staat entgegenbringt. So hat Heinemann sein Amt gesehen, und so hat er dieses Amt ausgeübt.

Gleich zu Beginn hatte er sich zunächst eine außenpolitische Aufgabe gestellt. Er besuchte in den ersten Monaten seiner Amtsführung diejenigen europäischen Staaten der westlichen Gemeinschaft und im Norden Europas, die unter dem Hitlerkrieg besonders hart gelitten hatten. Überall wurde Heinemann mit Respekt und Freundschaft empfangen.

Man erblickte in ihm, dem Gegner des Hitlerregimes, einen Repräsentanten des neuen demokratischen Deutschland. Später, bei seinen Staatsbesuchen in Großbritannien und Italien, konnte er dieses für Deutschland eingebrachte Vertrauenskapital noch erweitern. Bei seinem Staatsbesuch in Rumänien hat Heinemann deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik auch mit jenen Staaten in Freundschaft leben wolle, in denen andere gesellschaftliche und politische Systeme als bei uns vorhanden sind. Gegen Ende seiner Amtszeit im Jahre 1974 lagen für ihn noch die Einladungen aus Amerika und der Sowjetunion, Polen, Bulgarien, Ungarn und Jugoslawien vor.

Der verstorbene Altbundespräsident hat uns ein großes Vermächtnis hinterlassen, das zu mehrern wir alle aufgerufen sind. Er hat gezeigt, daß die Staatsautorität sich nicht in Gesetzen und Verordnungen erschöpft. Er hat vorgelebt und es in vielen Ansprachen immer wieder deutlich gemacht, daß der Bürger im demokratischen Staat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hat. Heinemann hat den Begriff der Solidarität aus der Betrachtungsweise vornehmlich materieller Überlegungen herausgehoben und ihn zum Anspruch der modernen Gesellschaft freier Bürger in einem freien Staat gemacht.

Wir verneigen uns in Trauer und Ehrfurcht vor dem Staatsmann Gustav Heinemann, dem wir viel verdanken. Er war zeit seines Lebens ein Vorbild für alle jene, die mithelfen wollen, Freiheit und Gerechtigkeit immer fester in unserem Staatswesen zu verankern. Er hat uns gezeigt, daß Bescheidenheit und menschliche Wärme durchaus nicht von einem hohen Staatsamt überdeckt werden müssen, und er hat uns gelehrt, daß Unerschrockenheit und ein offenes Wort zur rechten Zeit mehr bewegen können als die Berufung auf die von einem Amt hergeleitete Autorität.

Es ist viel, wofür wir Gustav Heinemann Dank schulden.
(-/8.7.1976/mie/e/pr)

+ + +

Ein "Bundesrat" für die Europa-Föderation

Konzeptionsvorschlag zur Realisierung der "Idee Europa"

Von Albert Gaswald MdL

Ministerpräsident von Hessen und Präsident des Bundesrates

Es gibt bestimmt eine Fülle guter Ansätze und wichtiger Arbeiten im Detail - aber das öffentliche Bild Europas ist zur Zeit gekennzeichnet durch das scheinbare Fehlen der richtungweisenden Idee für die Weiterentwicklung. Die Tagung der europäischen Parlamentspräsidenten am Freitag und Samstag in Bonn ist deshalb für mich Anlaß, im politisch-organisatorischen Bereich eine Lösung vorzuschlagen, die als Rahmen für die künftige Entwicklung derzeit noch vorhandene Hemmnisse und Schwierigkeiten etwas weiter in den Hintergrund schieben könnte.

Grundgedanke ist die nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch vom Bundesrat energisch geforderte Direktwahl des Europäischen Parlaments. Ohne sie wird sich die erforderliche Integration nicht verwirklichen lassen. Das künftige Europa aber muß von einer zweiten Säule getragen werden: Die europäische Union ist nicht als ein Einheitsstaat mit einer zentralistischen Verwaltung zu verwirklichen. Vielmehr wird es auf einen vernünftigen föderativen Aufbau einer Gemeinschaft gleichberechtigter und gleichrangiger Staaten ankommen. Bei diesem Aufbau gehe ich gedanklich durchaus vom System in der Bundesrepublik aus, das eine sinnvolle Aufgaben- und Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern nicht zuletzt durch den Bundesrat gewährleistet.

In der europäischen Föderation, wie ich sie vorschlage, muß neben die horizontale Funktionsteilung - gesetzgebende, ausführende und rechtsprechende Gewalt - eine vertikale Teilung zwischen der Union und den Gliedstaaten treten. Nach dem Prinzip der Subsidiarität sind alle Aufgabenbereiche, die einer einheitlichen oder harmonisierten Regelung nicht bedürfen, von den Gliedstaaten wahrzunehmen. Die Vielfalt der europäischen Lebensformen, wie sie geschichtlich gewachsen ist, muß gewahrt bleiben.

Mit der Bildung eines solchen Rates aus Mitgliedern der nationalen Regierungen neben dem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Europa-Parlament und seinen Exekutivorganen kann Europa über eine Einrichtung verfügen, die personell und funktionell eine Schaltstelle zwischen zentralem Regelungsstreben und regionaler Eigenständigkeit ist. Natürlich darf eine solche Institution nicht nur die Rolle eines Beratungsorgans haben. Über sie müssen die Mitgliedstaaten sowohl bei der Gesetzgebung als auch bei der Ausübung von Regierungsgewalt mitwirken.

Ich bin mir darüber im klaren, daß eine solche Konzeption nicht nur intensive Beratungen in der Vorbereitungsphase braucht, sondern daß sie auch ein hohes Maß an Flexibilität beim praktischen Aufbau haben muß. Es wird ein langer Entwicklungsprozeß erforderlich sein: Ein Prozeß des Übergangs vom jetzigen Zustand zunächst zu konföderativen und allmählich zu föderativen Formen der Zusammenarbeit. Es lohnt sich aber gerade jetzt, Grundsatzentscheidungen für eine solche Entwicklung zu treffen. Nur so wird es uns gelingen, die "Idee Europa" am Leben zu erhalten und sie in die Wirklichkeit umzusetzen.

(-/8.7.1976/vo/pr)

+ + +

Internationaler Kampf gegen den Terrorismus

Sanktionen gegen Komplizenländer werden unausweichlich

Von Dr. Jürgen Schmuda MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister

Die Entführung von etwa 200 Flugpassagieren durch eine internationale Terroristengruppe nach Uganda und der weitere Verlauf dieser Aktion haben wichtige neue Erkenntnisse gebracht. Das gilt, obwohl sich die Welt an Flugzeugentführungen hat gewöhnen müssen und auch Geiselnahmen - bei diesen oder anderen Gelegenheiten - mehrfach in aufsehenerregender Form erfolgt sind.

Neuartig war in diesem Fall zunächst die Tatsache, daß es den Entführern gelungen ist, einen Staat als Aufenthalt ausfindig zu machen, der offenkundig das Odium der Komplizenschaft nicht scheut. Das von der Uganda-Regierung Idi Amins den Terroristen erwiesene Entgegenkommen ging deutlich über die Notwendigkeiten hinaus, die sich aus einer Vermittlerrolle ergeben können. Die Entführer durften das Gefühl haben, sich in einem befreundeten Land zu befinden, in dem ihnen von offiziellen Stellen bei der Lösung ihrer Probleme bis hin zur Bewachung der Geiseln tatkräftig geholfen wurde. Daß die Terroristen sich derart in Sicherheit wiegen konnten, hat vermutlich dazu beigetragen, daß die Befreiung ohne weitergehende Schäden für die Geiseln gelingen konnte.

Die von der Bundesregierung mit Nachdruck vertretene Forderung nach einer UN-Konvention gegen den Terrorismus erhält durch die Vorgänge in Uganda besondere Schärfe. Denn es geht nicht mehr nur darum, Staaten in die internationale Abwehrfront gegen den Terrorismus einzubinden, die den Tätern nachlässig oder mit geheimer Sympathie begegnen. Erforderlich ist es nunmehr, mit der vorgesehenen Konvention auch solche Staaten in Pflicht zu nehmen, die den Terroristen ohne jegliche Scheu Zuflucht und Unterstützung gewähren. Das heißt, daß sich die Frage von Sanktionen gegen Komplizen-Länder stellen kann. Weiterhin wird mit Interesse zu beobachten sein, wie sich z. B. der Ostblock verhält, wenn es einerseits um die auch dort verurteilte Luftpiraterie, andererseits aber um Stärkung und Ausweitung der kommunistischen Einflusssphäre in Afrika geht.

Durch die Entführung der französischen Passagiermaschine sind die Warnungen der Verantwortlichen für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland bestätigt worden. Sie haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die bei der Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland erzielten Erfolge das erneute Risiko größerer terroristischer Operationen im Inland erheblich gemindert haben. Wenn aber jederzeit mögliche Anschläge schon für das Inland nicht auszuschließen seien, so müsse mit besonderem Ernst auf die internationale Verflechtung der terroristischen

Aktivitäten und die dadurch gestärkte Schlagkraft terroristischer Gruppen aufmerksam gemacht werden.

Der in Uganda beendete Überfall auf das französische Flugzeug und seine Insassen läßt nicht nur erkennen, wie begründet die deutsche Sorge vor einer verstärkten internationalen Aktivität ist. Der Anschlag zeigt auch zum wiederholten Mal, daß deutsche Gewalttäter den Anschluß an die internationale Terroristenzene gefunden haben und bei groß angelegten Terrorakten führend mitwirken. Für die Einschätzung des Risikos, das deutsche Stellen im Erpressungsfall durch Freilassung inhaftierter deutscher Terroristen eingehen würden, setzt diese Erfahrung neue Maßstäbe. Man kann nicht schlechthin davon ausgehen, daß Nachgiebigkeit nur zum Verzicht auf den staatlichen Strafanspruch führt, die Freigelassenen dann aber irgendwo ein unbequemes, jedenfalls aber harmloses Leben führen. Verstärkt muß bei der Behandlung erpresserischer Forderungen künftig in Rechnung gestellt werden, daß im Austausch gegen Geiseln aus der Haft entlassene Täter schon sehr bald die Terrorfront nachhaltig verstärken und erhebliche neue Gefahren schaffen können. Die Befreiung von Geiseln durch Nachgiebigkeit in einem Fall kann dadurch unmittelbar schwerwiegende Gefahren für andere Menschen begründen.

Die Bundesregierung hat bei ihren Überlegungen zu den Forderungen der Entführer aus Uganda auch diesen Gesichtspunkt berücksichtigt. Sie hat durch ihre Einsatzbereitschaft und ihre feste Haltung bei gleichzeitig sehr zurückhaltenden öffentlichen Äußerungen ein weiteres Mal bewiesen, daß sie auch derartigen außergewöhnlichen Situationen gewachsen ist und auf die Herausforderung durch den Terrorismus angemessen reagiert.

Nicht nur unverständlich, sondern geradezu abwegig erscheint bei dieser Sachlage der von Politikern der CDU und CSU vereinzelt unternommene Versuch, die Geiselentführung nach Uganda zum Anlaß neuer Forderungen im Bereich der inneren Sicherheit zu nehmen. Es ist geradezu eine Unart, auf Terrorakte und auch auf den soeben erfolgten Gefangenenausbruch in Berlin mit der Forderung nach sofort zu erlassenden schärferen Strafgesetzen zu reagieren. Mehr und mehr wird auch der Bürger merken, daß solcher Unverstand allein der Absicht dient, sich in der parteipolitischen Auseinandersetzung als Vorkämpfer der inneren Sicherheit zu profilieren. Das gilt erst recht, wenn erneut die sorgfältig abgehandelte und endgültige entschiedene Frage nach der Todesstrafe aufgeworfen wird. Wer nach jedwadem Anschlag, der die Volkstimmung in Bewegung bringt, sofortige Eingriffe in das wohlabgewogene und sorgfältig erarbeitete System unseres Strafrechts fordert, ist eine Belastung für die innere Sicherheit, statt ihr zu nützen.

Flugzeugentführungen, Geiselnahmen und andere Anschläge werden sich auch für die Zukunft nicht völlig ausschließen lassen. Das israelische Vorgehen hat eindringlich gezeigt, welches Risiko Terroristen auch dann eingegangen sind, wenn sie im Ausland eine vermeintlich sichere Zuflucht gefunden haben. Damit ist zweifellos ein nachhaltiger Abschreckungseffekt verbunden. Zusammen mit den Erfolgen der deutschen Polizei bei der Verfolgung politisch motivierter Gewalttäter in der Bundesrepublik Deutschland wird er die Gewähr dafür bieten, daß Terrorakte die seltene Ausnahme bleiben und weiterhin wirksam bekämpft werden können. Verständlicherweise nimmt der Bürger bei uns an derartigen Vorgängen unverhältnismäßig großen Anteil. In seiner eigenen Sicherheit braucht er sich aber nicht bedroht zu fühlen.

(8.7.1976/mie/kr/e/pr)

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Geheimakte Dr. Franz Heubl

Die Bespitzelung im dienstlichen wie privaten Bereich ist untrennbar mit totalitärer Machtausübung verbunden. Sie ist dem Prinzip der kontrollierten Macht, der Anerkennung der Souveränität und Würde des Menschen diametral entgegengesetzt und deshalb mit Wesen und Praxis der Demokratie vollkommen unvereinbar. Bei der CSU-hausgemachten Geheimakte über den Strauß-Vize Dr. Franz Heubl - "Um den widerspenstigen Stellvertreter endlich mundtot zu machen, hatte der CSU-Führer die Dokumentation durch sein Bonner Büro zusammenstellen und dann anonym verschicken lassen" ("Der Spiegel") - handelt es sich somit um mehr als parteiinterne Winkelzüge. Politische Beobachter bewerten die Dossier-Affäre zu Recht als ebenso gravierend und für Strauß entlarvend wie seine berühmte-berüchtigte Sonthofener Rede. Der SPD-Pressedienst veröffentlicht ihrer exemplarischen Bedeutung wegen die Geheimakte über Heubl im Wortlaut.

"Persönlich! Vertraulich!

1. H. wird im Jahre 1950 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbandes München, aber bereits nach einem Jahr wieder abgelöst. Die Gründe hierfür werden von einem bekannten, führenden Mitglied der CSU schlicht mit: a) bodenlose Faulheit, b) Ausweichen im Kampf um Großstadt München gegen SPD angegeben. H. zieht es vor, nach Schwaben abzuwandern.

2. In der Landesversammlung der CSU im Herbst 1960 hält H. als Fraktionsvorsitzender der CSU in Bayern eine Rede zum Thema Lobpreisung des konservativen Gedankens als verbindliches Leitmotiv der CSU. H. hielt es damals offensichtlich für karrierefördernd, sich konservativ zu geben und sich zum konservativen Gedanken zu bekennen. Als dies nicht mehr opportun war, wurde H. der Wortführer der Progressiven gegenüber der Presse und gab vor, harte Arbeit leisten zu müssen, um sich gegen die Reaktion in der Partei durchzusetzen. Vermutung liegt nahe, daß H. damals die konservative Rede gehalten hat, um sich als Nachfolger des schwer erkrankten Dr. Hans Seidel zu empfehlen und den als liberal verschrienen F. J. Strauß zu verhindern, ohne jedoch - vorsichtig wie er ist - das Kind beim Namen zu nennen.

3. H. entwickelte in diesen Jahren ein krankhaftes Mißtrauen, das in der Frage gipfelte: 'Was hast Du gegen mich?' Er wollte offensichtlich herausbekommen, was man über ihn wisse. In dieser Zeit teilte H. F. J. Strauß u. a. mit, daß R. Stücklen Freimaurer sei und deshalb auch gegen die Ziele der CDU/CSU arbeite. Er warnte Strauß aber, davon Gebrauch zu machen, und fügte hinzu, er werde anderenfalls sagen, daß Strauß lüge. Das Gegenteil sei nicht zu beweisen, weil das Gespräch unter vier Augen stattgefunden habe. Behauptung H. war reine Verleumdung!

4. Bei der Regierungsumbildung 1966 sprach sich F. J. Strauß dafür aus, daß ein CSU-Kabinettsmitglied der evangelischen Konfession angehören und daß deshalb Dr. Dallinger Postminister werden solle. Dieser Vorgang

führte natürlich zu einer gewissen Verstimmung zwischen Stücklen und Strauß, die jedoch im Laufe der Zeit wieder beigelegt wurde. Auf dem Wege zu der entscheidenden Landesgruppensitzung wirkte H. auf Strauß ein, daß er an diesem Plan und damit an Dollinger als Postminister festhalten solle. H. betonte, daß Stücklen unter allen Umständen ausscheiden müsse. H. merkte dabei nicht, daß Stücklen - von Strauß verdeckt - seine Worte mitbekommen hatte. Als H. kurze Zeit später Stücklen eine bessere Zusammenarbeit anbieten wollte, sprach Stücklen ihn auf diesen Vorgang an. H. leugnete alles ab und bezeichnete den gesamten Vorgang als üble Brunnenvergiftung. Stücklen blieb jedoch mit dem Hinweis bei seiner Darstellung, daß er hierfür einen 100%-glaubhaften Zeugen habe. H. erklärte, jeder der von diesem Vorgang gehört haben wolle, sei ein Verleumder. Als Stücklen ihm dann erklärte, er selbst sei der Zeuge, wurde H. bleich und sprachlos, bat um Verzeihung und beteuerte, derartiges werde nie wieder vorkommen.

5. Als im Jahre 1967 die Landtagsfraktion fast einstimmig einen Gesetzesentwurf beschloß, der eine Änderung der bayerischen Verfassung in dem Sinne vorseh, daß zwar die Konfessionsschule als Verfassungsschule abgeschafft, aber an ihrer Stelle die Konfessionsklasse durch Verfassung eingeführt werden solle, kämpfte FJS allein auf weiter Flur, bis er sich zum Schluß gegen verschiedene Beschlüsse des eigenen Vorstandes durchsetzen konnte. Von dem liberalen und progressiven H. war weit und breit nichts zu sehen und zu spüren. H. behauptet zwar heute, er habe im Parteivorstand zusammen mit Strauß gestimmt. Feststeht jedenfalls, daß er sich überhaupt nicht - vorsichtig wie er ist - in der Sache eingesetzt hat.

6. Der Staatssekretär im Bundespräsidialamt, Spangenberg, berichtet im November 1971 einem Parteifreund über ein Gespräch zwischen Bundespräsident Heinemann und dem CDU-Vorsitzenden Barzel. Heinemann hätte aus diesem Gespräch den Schluß gezogen - oder Spangenberg habe zumindest Heinemann so verstanden -, daß Barzel und H. gemeinsam f. S. Strauß inaktivieren wollten. Bei dieser Gelegenheit habe sich Spangenberg hinsichtlich der Ratifizierung der Ostverträge als sehr zuversichtlich gegeben.

7. Der Botschafter der Sowjetunion in Bonn, Falin, erklärte in einem Vier-Augen-Gespräch im April 1972 gegenüber dem Bonner ÖTK-Korrespondenten Ladislav Uhlir (dieser war gleichzeitig Offizier des tschechischen Nachrichtendienstes; heute ist er Leiter des Persönlichen Pressebüros von Husak), er beobachte mit Aufmerksamkeit die außenpolitische Aktivität des bayerischen Bevollmächtigten beim Bund, Dr. Franz Heubl. Zur Vorgeschichte: Uhlir hatte nach Prag berichtet, daß Heubl offensichtlich zu ihm Kontakt suche. Er, Uhlir, habe den Eindruck, daß es Heubl um bessere sowjetische Ostkontakte zu tun sei, wobei wahrscheinlich persönlicher Ehrgeiz die Hauptrolle spiele. Heubl komme es auch im wesentlichen weniger auf sachliche als vielmehr auf persönliche Kontakte an. Daraufhin hatte der SU-ND (sowjetische Nachrichtendienst) die Gelegenheit an sich gezogen und Uhlir wurde von Falin zu einem Gespräch über Heubl aufgefordert.

Falin hielt Uhlir an, den persönlichen Kontakt zu Heubl weiter zu pflegen und zwar aus folgenden Gründen: a) Einmal sei es grundsätzlich

wichtig zu wissen, was sich in diesen Hirnen abspiele. b) Zum zweiten rühme sich Heubl eines zunehmenden Einflusses auf Barzel. c) Zum dritten stelle er für 1973 mit ziemlicher Sicherheit den freiwilligen Abgang oder aber die Abwahl von F. J. Strauß vom CSU-Vorsitz in Aussicht. Uhlig entschloß sich, seine Verbindung zu Heubl mit ausdrücklicher Genehmigung Falins auszubauen. Es ist durchaus möglich, daß Uhlig den Kontakt nicht persönlich gepflegt hat, sondern sich hierfür eines Mitarbeiters seines Dienstes bediente. Falin erwähnte in einem Gespräch mit Uhlig nach dessen Darstellung noch, daß Moskau mit Strauß keine Kontakte pflegen könne, da dieser offenbar jede Gelegenheit nutze, um Moskau in Schwierigkeiten zu bringen.

8. Am 26. 9. 1972 ereignete sich folgender unglaublicher Vorgang: Frau M. Strauß hielt sich aus persönlichen Gründen in Rottach-Egern auf und wohnte im Hotel und wurde von H. angesprochen, der dann bis etwa 4 Uhr in der Früh auf sie einredete und sich dabei in wildesten Drohungen gegen F. J. Strauß erging. H. u. a.: Er müsse und werde jetzt etwas gegen F. J. Strauß unternehmen. Aber Frau Strauß solle wissen, daß es sich nicht gegen sie und die Kinder richte, sondern allein gegen F. J. Strauß. Frau Strauß berichtete dies am nächsten Tag kopfschüttelnd ihrem Mann. Dieser Vorgang ist umso schwerwiegender, als die Familie Strauß damals zu dem durch Terroristen besonders bedrohten Personenkreis gehörte. Franz Josef Strauß erzielt laufend Drohungen, daß er auf der Abschlußliste arabischer Terroristen stehe und daß auch seine Familie nicht sicher sei. Deshalb wurden die Kinder an verschiedenen Orten versteckt und hielt sich Frau Strauß vorübergehend am Tegernsee auf.

9. Fast allen führenden Parteimitgliedern der CSU ist es widerfahren, daß sie von H., wenn er auch nur die geringste Menge Alkohol genossen hatte, in unqualifiziertester Weise beschimpft worden sind. Dazu gehören: Ministerpräsident Goppel, die Minister Pirkel, Huber und Streibl, Generalsekretär Tandler und natürlich der Parteivorsitzende F. J. Strauß.

Einen Höhepunkt stellt das Verhalten H.'s bei einer abendlichen Sitzung im November 1971 in der bayerischen Vertretung in Bonn dar, bei der es um die gemeinsame Wahlkampfaussage von CDU und CSU ging, die nach vor der Moskau-Reise Barzels bekannt gemacht werden sollte. Hierbei erklärte H. dem Arbeitsminister Dr. Pirkel, er solle seinen für den übernächsten Tag geplanten Empfang irgendwo anders und nicht in der Bayerischen Vertretung halten; denn dies sei sein, H.'s Haus. Anschließend wollte er den Parteivorsitzenden F. J. Strauß des Hauses verweisen. Nachdem H. fast alle Anwesenden aufs Ärgste beschimpft und beleidigt hatte, wurde er aus der Vertretung entfernt.

10. H.'s Beamte klagen sehr über seine Behandlung; wissen aber nicht, wie sie sich helfen sollen und bitten deshalb händeringend um Verschwiegenheit. Sie sagen, auch die kleinste Menge Alkohol sei für H. eine enthemmende Plauderdroge und führe in einen Zustand, in dem er zu allem fähig sei, vor allem zu den unqualifiziertesten Aussagen.

(1. Fortsetzung am 9. Juli 1976)

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller